Nummer 57

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 73. Jahrgang. Freitag, 3. Februar 1928

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, Deutsche Wirtschaftszentren, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung | Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie „Kunst Welt Wissen" mit Roman

Verantwortl. Leiter Handelsteil: Walther Funk, Politischer Teil: Dr. Richard Jügler, Kunst und Wissenschaft: Hans Köppen, Lokales und Sport: Gerhard Rentner, Inseratenteil: Christian Hagen, sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H. Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Unverlangt eingeschickte Manuskripte werden nicht berücksichtigt

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,10 Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5.— Rmk. Bezugspreis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche wöchtmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspeditteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband oder Postüberweisung. Postüberweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich und Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im 1. Quartal 1928 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 250 franz. Francs, Belgien 42 Belga, Schweiz 40 schweizerische Franken, Holland 16 holländ. Gulden, Dänemark 22 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 140 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 500 Dinare, Oesterreich 36 Schillinge, Litauen 30 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 250 finnische Mark, Estland 2300 estländische Mark, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412.

Entlarvt.

Nachwort zum Schreck-Prozeß.

„Die Vögel gesellen sich zu ihresgleichen; also hält die Wahrheit zu denen, die ihr gehorchen."

„Wo man viel schwören hört, da gehen einem die Haare zu Berge; und ihr Haderm macht, daß man die Ohren zuhalten muß."

Was haben die Gegner der Wehrpolitik des Reiches nicht alles beteuert; wie haben sie gehadert! Leider hat man sich im Auslande nicht die Ohren zugehalten und diplomatische Agenten, die eigentlich nicht zur Spitzelei und Lockspitzelei nach Deutschland entsandt waren, haben sich mit denen, die von der durch den Versailler Unfrieden erzeugten Not des Vaterlandes lebten, gemein gemacht.

Jetzt waren die Opfer der geistigen Verwirrung, die die Fremdherrschaft unter uns angerichtet hat, in Leipzig vor den Gerichtsschranken mit denen vereint, die mit ihren Fälschungen ihre Politik bestritten. Der öffentliche Ankläger hat mit einiger Ironie bemerkt, die deutschen Pazifisten ständen nicht hinter dem Schreckschen Fälschungsindustrialismus. Wohl sehr richtig, denn sie fangen nur die Abfälle auf, die ihnen der ausländische Nationalismus zuwirft und machen durch ihre Auswalzung den Zutreiber für diesen. Der Fälscher und Verleumder Schreck hat aber geradezu virtuos die Geistesverfassung unserer Pazifisten ausgenutzt. Diese suchen zur Unterwühlung der Stellung der Regierungen der Republik, ganz unabhängig davon, wie sie zusammengesetzt sind, nach Material gegen die amtliche Wehrpolitik und nehmen unbesehen alles, was ihnen in die Hände fällt. Um ihnen die „Dokumente" schmackhaft zu machen, verdächtigen Schreck, Mertens und Genossen die Träger der republikanischen Wehrpolitik, die Geßler und Severing, die Ebert und Wirth hochverräterischer Strebungen. Nur unterdrückte man zwar geflissentlich ihre gemeinschuldnerische Haftung und stempelte Geßler zu dem Alleinschuldigen. Die Wahrheit ist inzwischen immer mehr an den Tag gekommen und über die Unlauterkeit der Quellen, aus denen die Gegner der deutschen Grenzpolitik schöpften, dürfte nach dem Prozeß Schreck kein Zweifel mehr bestehen. Mit allen Mitteln suchten die Zeugen in Leipzig den Fälscher von ihren Rockschößchen abzuschütteln. Herr Mertens kam sogar eigens von Genf herbei, um Schreck durch seine Aussage ins Zuchthaus zu bringen. Er dachte sicher nicht an die Weisheit des alten Testamentes: „Wer Heimlichkeit offenbart, der verliert den Glauben, und wird nimmermehr einen treuen Freund kriegen." Merkwürdig nur, daß Mertens und Schreck denselben Trick benutzten und behaupteten, ihre Fälschungen seien ihnen von „republikanische- und pazifistischen Reichswehroffizieren" ausgeliefert. Das wären also Spitzel gewesen; Leute, die verrieten, was ihnen dienstlich anvertraut wurde: Verräter aus pazifistischer Gesinnung, Leute, die als Soldaten das Schwert des Staates zu führen berufen, dabei aber pazifistischer Gesinnung waren: also Gesinnungslumpen oder Lockspitzel! Solche erdachten Figuren machten die Waren der Fälscher absatzfähig. Das wirkte auf die Leute von der „Menschheit", des „Anderen Deutschland" und „Liga für Menschenrechte", wie der Baldrian auf die Katzen. Und der Führer der demokratischen Partei druckte die „Dokumente" in der „Hilfe" nach und ließ das Heft von allen Zeitungskiosken von der Bedrohung der Republik mit fetten Lettern schreien. „Die Vögel gesellen sich zu ihresgleichen", auch die, die ihr eigenes Nest beschmutzen. Man muß dem Leiter der auswärtigen Politik dankbar sein, daß er mit Zähigkeit an der Verfolgung von Schreck und Konsorten festhielt und daß er sich nicht von dem Geschrei gegen die Landesverratsprozesse irre machen ließ. Der Prozeß Schreck hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, welche Fortschritte die politische Korruption schon gemacht hat. Für Nötscher, die die Mertensschen Dokumente kritiklos veröffentlichte, setzen sich nicht nur die demokratisch-sozialdemokratischen Politiker, wie Herr v. Schönaich und Genossen ein, sondern die amtliche sozialdemokratische Politik. Man will sich und anderen einreden, unter militärpolitischen Verhältnissen, wie der Versailler Unfrieden sie geschaffen hat, sei Preisgabe grenzpolitischer Vorbereitungen ein Werk der Staatskunst und verdiene Lob und keinen Tadel. Damit hat man die Schreck und Genossen ermutigt und sicher gemacht. Man hat ihnen die Hand geschüttelt, wenn sie mit ihren „Dokumenten" kamen, mit ihnen über ihre Echtheit und ihre Verwertbarkeit debattiert. Keiner von all' den Zeugen hat daran gedacht oder gar unternommen, der staatsfeindlichen Tätigkeit dieser Pazifisten aus Geldgier ein Ende zu machen. Mertens, der Kronzeuge Erzelens', ging sogar zu der Interalliierten Militär-Kontrollkommission, um sich dort über die Echtheit der Dokumente Auskunft zu holen. Widerlich das Bild dieses betriebsamen pazifistischen Spitzeltums, das sich in dem Gerichtssaal in Leipzig entrollte. Schuld daran tragen die Politiker, die den Landesverrat gesellschaftsfähig gemacht haben, die ihn als Verirrung politischer Narren konservieren, die mit ihrem Gehabe Kreaturen, wie Schreck und Mertens, geradezu auf die Bahn locken, die jetzt für Schreck im Zuchthaus endet. Hoffen wir, daß die vaterländische Schmach, die in Leipzig der Oeffentlichkeit enthüllt wurde, die Männer, die den Landesverrätern die Stange halten, aus dem Rausche aufgeweckt hat, in den sie das Gift des Versailler Vertrages versenkte.

Diskonterhöhung in New York.

Die Federal Reserve Bank of New York erhöhte, entgegen vielfach gehegten Erwartungen, ihre Rediskontrate von 3½ Prozent auf 4 Prozent. Näheres siehe Handelsteil der vorliegenden Ausgabe.

Briand interpretiert die Stresemann-Rede

Die Rheinlandräumung — ein Geschäft. Völkerbundskontrolle nach 1935 in der entmilitarisierten Zone. Regelung der Reparationsfrage noch in diesem Jahre.

Außenpolitische Debatte im Senat.

Paris, 2. Februar.

Der Senat hat heute nachmittag die Debatte über die außenpolitischen Interpellationen fortgesetzt. Als erster Redner sprach der der Republikanischen Vereinigung (Gruppe Poincaré) angehörende **Senator Lhopiteau**, der nach der Erklärung, er mache sich zum Wortführer der ständig wachsenden Beunruhigung, die sich einer großen Anzahl von Franzosen bemächtigt habe, ausführte, je mehr man Deutschland zugestehe, um so größere Forderungen stelle es. Locarno und Thoiry seien zweideutig gewesen. Für Briand seien es Mittel gewesen, für Stresemann ein Zweck. Schon heute erkläre man in Deutschland, Locarno und Thoiry seien für Deutschland ein Köder gewesen, aber gelte das nicht auch für Frankreich? Jedenfalls liege ein Mißverständnis vor, das nicht dazu beigetragen habe, den Verständigungsgeist zu heben.

Deutschland habe in ungeheurem Maße wieder gerüstet, Frankreich habe effektiv nur eine Sicherheitsgarantie, nämlich die Rheinlandbesetzung.

Deutschland werde keinen Angriff unternehmen, solange es befürchte, daß der Krieg sich auf deutschem Gebiet abspiele.

Darauf ergriff der radikale Senator **Henry de Jouvenel** das Wort, um im ersten Teile seiner Rede die Angelegenheit der Waffen von St. Gotthard zu besprechen und sein Bedauern darüber auszudrücken, daß das Investigationsverfahren, das nötig sei, so langsam vorwärtsschreite. Es ist bedauerlich, daß Frankreich in dieser Angelegenheit nicht die Initiative ergreift. Im zweiten Teil seiner Rede behandelte de Jouvenel das Rheinlandproblem, er forderte eine genaue Präzisierung des Standpunktes der Regierung, da man sonst, nach seiner Ansicht, über Allgemeinheiten nicht hinauskommt. Im dritten Teil seiner Rede besprach der Redner die Frage der Sicherung des Friedens. Er bemängelte daß weder England noch Italien sich einem Pakt hinsichtlich der osteuropäischen Politik hätten anschließen wollen. Ihre Unterschriften müßten, so erklärte er, unter einem neuen internationalen Vertrag stehen, wenn man wolle, daß der Frieden nicht nur am Rhein, sondern auch in ganz Europa garantiert sei. Deutschland seinerseits müsse seinen Friedenswillen beweisen und sich einem solchen Vertrage anschließen. Dann könne man das Rheinland räumen, woran Frankreich das gleiche Interesse habe wie Deutschland. Weiter kritisierte de Jouvenel die Memoranden Englands und Deutschlands zur Sicherheitsfrage als nicht befriedigend. Er führte dazu aus, Deutschland behaupte, daß es an meistes für die Entwaffnung getan habe; aber habe es das aus eigenem Antriebe getan? England wolle die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit nicht, während Deutschland sie annehme; aber alle beide lehnten die Sanktionen ab. Das beleuchte die Lage. Wenn man wirklich das Friedensproblem lösen wolle, müsse man

Kontrollmaßnahmen, Entwaffnungsmaßnahmen und Schiedsgerichtsbarkeitsmaßnahmen

treffen, statt zu spät Koalitionen zu schließen. Man müsse Präventivkoalitionen schaffen, damit die Menschen sich gegen die Friedensfeinde organisieren könnten.

Nach einer kurzen Rede des Senators Chenebenoit wurde die Sitzung für 10 Minuten unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung ergriff

Briand

das Wort.

Briand führte u. a. aus: Gewisse Redner haben sich von ihrem Elan fortreißen lassen, aber vielleicht die Texte des Friedensvertrages und der Locarnoabkommen nicht gründlich studiert. Man ist, wenn man einen Vertrag prüft, versucht, darin vornehmlich oder sogar ausschließlich das zu suchen, was einem gefällt. Aber man muß eine Abmachung in allen ihren Teilen ins Auge fassen, um sie loyal zu erfüllen.

Locarno ist nicht ein von den Nachkriegsverträgen getrennter Vertrag. Er ist in den Rahmen des Versailler Vertrages eingefügt und beeinträchtigt diesen in keiner Weise.

Die Locarnoverträge enthalten Versprechen, aber nicht alle erforderlichen Sicherheiten. Es hat sich aus diesen Verträgen eine Art Mystik herausgebildet, die nicht unbeachtet bleiben darf. Ich meinerseits versuche, Mystisches und Praktisches miteinander in Einklang zu bringen und hoffe, zwischen diesen beiden Gefühlen den Frieden hergestellt zu haben.

Aber ich bleibe davon überzeugt, daß man, wenn man den Frieden will, nicht vor dem Wort Frieden Angst haben darf. Man muß öfter vom Frieden als vom Krieg sprechen. Die Nationen hielten sich an die Formel si vis pacem para bellum. Ich fürchte, daß diese Formel nicht sehr wirksam gewesen ist, wenn ich nach den blutigen Spuren urteile, die ich auf allen Seiten der Geschichte bemerke. Man hat die Locarnopolitik kritisiert, aber ich erwarte, daß diejenigen, die Kritik üben, einen anderen Weg, den man befolgen könnte, angeben. Die Lage ist nach beforgniserregend, aber nach einem Kriege, mit dem kein vorhergehender verglichen werden kann, ist es schwer, das Gleichgewicht wiederherzustellen. Der Krieg ist immer noch da und wartet auf eine Gelegenheit, aber er ist nicht mehr Herr der Umstände.

Briand nannte alsdann den Völkerbund eine ausgezeichnete Einrichtung, die allerdings noch vervollkommnet werden müsse, die aber zum ersten Male einen Friedensgerichtshof unter den Völkern geschaffen habe, um damit fortzufahren: Besonders beglückwünscht habe ich mich, als die Vertreter Deutschlands in den Völkerbund eingetreten sind, und als sie im Laufe der letzten Völkerbundstratsitzung sich bemüht haben, die Schwierigkeiten zu beseitigen. Mein Gerechtigkeitsgefühl erfordert es, daß ich auch den Vertreter Rußlands, Litwinow, erwähne, der sich an den polnisch-litauischen Verhandlungen in wirkungsvoller Weise beteiligt hat.

Uebergehend zum

Abkommen von Locarno,

erklärte Minister Briand weiter: Zu dem Abkommen von Locarno muß man den Geist und den Buchstaben berücksichtigen. Reichsminister Stresemann zieht vor, auf der Seite des Geistes zu bleiben und nicht auf der Seite der Realitäten des Wortes. Ich bin seiner Loyalität sicher, und er wird es nicht unberücksichtigt lassen, daß auch ich nicht die Interessen meines Landes außerachtlassen darf. Stresemann ist ein positiver Geist, aber er neigt zu der Tendenz, im Garten der Oelbäume von Locarno spazieren zu gehen, in dem er die Hand ausstreckt zum Reihen, aber nicht zum Geben. (!) (Heiterkeit.) Deutschland muß sich eben Rechenschaft davon ablegen, daß — bevor man zu einer vernünftigen Durchbringung der gegenseitigen Interessen gelangt — die beiden Völker eben auf Schwierigkeiten stoßen. Man sucht in Locarno allerlei hineinzuinterpretieren, aber Locarno ist ja erst seit einemhalb Jahren in Kraft. Der Dawesplan ist bis jetzt ohne Zwischenfall ausgeführt worden. Die Reparationskommission hat den guten Willen Deutschlands anerkannt, man hat den deutsch-französischen Handelsvertrag abgeschlossen, das sind die Folgen von Locarno. Bedeutet das etwa nichts? Briand erklärte weiter: Von den beiden Reden Stresemanns im Reichstag ziehe ich die zweite vor. Die erste ist auf einen ziemlich konzilianten Ton gestimmt gewesen, hat aber Worte enthalten, die mir nicht gefielen. Ich verwahre mich dagegen, daß man auf der Tribüne des französischen Parlaments Deutschland und die Absichten seiner Staatsmänner nach Zeitungsberichten beurteilt, vor allen Dingen aber dagegen, daß man die Reichswehr nach Broschüren beurteilt, deren Inhalt man nicht kontrollieren kann. Briand erklärte in diesem Zusammenhang, daß er General v. Seeckt und auch Geßler verstehe, um dann fortzufahren: Was Stresemann von der Heuchelei hinsichtlich der Sicherheitsfrage gesagt hat, bedauere ich. Aber man muß anerkennen, daß er die Tendenzen des Abgeordneten v. Freytagh-Loringhoven scharf bekämpft hat. Aber ich muß mich an Dr. Stresemann wenden und ihm sagen: Sie behaupten, daß die Haltung Frankreichs eine Erniedrigung für Deutschland ist. Nein!

Im Verlauf dieses Jahres werden Volksabstimmungen in den hauptsächlichen Ländern Europas stattfinden. Unsere Debatten werden von dieser Lage beeinflußt.

Das Ergebnis der kommenden Wahlen aber kann ungeheure Folgen nach sich ziehen. Die Völker müssen vollkommen aufgeklärt werden. Und darum begreife ich es, daß Stresemann im Reichstag über das Rheinlandproblem sich ausgesprochen hat. Was die Folgen von Locarno anbetrifft, so möchte ich daran erinnern,

daß die deutsche Delegation nach Locarno eine Liste von Forderungen mitbrachte. Ich habe dieses Papier nicht angesehen und verlangt, daß bedingungslos unterzeichnet werde. Nachher könne man ja sehen.

Ich habe in meinem eigenen Namen und ohne dadurch meine Regierung zu engagieren, zu den deutschen Delegierten gesagt, daß der Geist der Abkommen gewisse Erleichterungen zur Folge haben müßte, um deren Annahme durch die französische Regierung ich mich bemühen würde. Erst dann habe ich die deutschen Forderungen geprüft. Stresemann hat gewisse Genugtuungen erhalten. Die Besetzung hat ihren Charakter vollkommen geändert. (!) Ohne Zweifel bleibt sie auch so für die Deutschen noch eine unangenehme Sache. Sie ist auch ein Hindernis für gewisse Realisierungen, aber sie hat sich geändert. Die Haltung der Deutschen ist im Anfang so gewesen, daß man die Rheinlandbesetzung ein wenig streng halten mußte. Das gehört der Vergangenheit an.

Die Annahme, daß die Besetzung ein Vergnügen ist, liegt mir fern. Die Franzosen wünschen auch nicht, daß sie eine Erniedrigung bedeutet; das liegt nicht im Charakter der Franzosen. (??)

Wenn Stresemann sagt: Wir haben nichts gewonnen, und man ist enttäuscht worden, so ist das unrichtig. Deutschland, das von allen internationalen Regelungen ausgeschlossen gewesen ist, arbeitet jetzt mit den Mächten und es hat nicht das Recht, die Lage zu verkennen, die es jetzt einnimmt. Wenn man diese Tatsache für sich nimmt, kann sie als unbedeutend bezeichnet werden; in die Gesamtheit der Lage eingestellt, ist ihre Bedeutung nicht zu verkennen.

Was die entmilitarisierte Zone betrifft, so wendet Frankreich nur den Versailler Vertrag an.

Deutschland erklärt, daß Frankreich jetzt alle notwendigen Garantien für seine Sicherheit besitze. Wenn Deutschland von seinen Wünschen spricht, so muß es immer bedenken, daß es nicht genügt, sie auszusprechen, um ihre Erfüllung zu erlangen. Man begreift, daß Deutschland das Ende der Rheinlandbesetzung herbeiwünscht, aber ich kann diese Frage nicht so einfach sehen, wie man sie in Deutschland sieht.

Im Rheinland steht Frankreich nicht allein, am Rhein stehen die Alliierten,

und Frankreich kann allein nicht über die Aufrechterhaltung oder Beseitigung der Besetzung entscheiden. Der Vertrag von Versailles kann nur im Einverständnis aller Parteien abgeändert werden. Deutschland stellt allein Forderungen, aber Frankreich befindet sich in einer Solidaritätsgemeinschaft und kann also nicht allein handeln. Man darf also nicht bei dieser Frage von Heuchelei sprechen. Ebenso täuscht man sich auch, wenn man behauptet, daß man in der Welt die Haltung Frankreichs in dieser Frage nicht versteht. Am Rhein ist nichts zu fürchten. Aber man kann unmöglich die Solidarität er-